

Rede von Torsten Felstehausen, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

Die Brauchwassernutzung muss in der Klimakrise schneller umgesetzt werden

Dr. 20/8501 (16.11.2022), Top: 18

Es gilt das gesprochene Wort

**Sehr geehrte/r Frau/Herr Präsident/in,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste,**

alle Anzuhörenden waren sich darin einig, dass Niederschlagswasser nicht direkt in den Abwasserkanal darf. Wir müssen es versickern oder sammeln und als Brauchwasser wiederverwenden. Trinkwasser muss eingespart und wo immer möglich durch Brauchwasser ersetzt werden.

Die Fraktionen von Grünen und CDU sind sich aber einig, dass sie die Nutzung von Brauchwasser noch nicht einmal für Neubaugebiete verbindlich machen wollen. Das ist sträflich.

Das steht dem Vorsorgeprinzip entgegen, verstößt gegen die Pflicht zum sparsamen Umgang mit Ressourcen, wie sie im Wasserhaushaltsgesetz und der EU-Wasserrahmenrichtlinie verankert ist und es widerspricht dem Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichtes. Grüne und CDU agieren gegen jedwede Vernunft und die Gesetzgebung.

Die Grundwasserneubildung in Hessen ist zwischen 2003 und 2019 um 26 % zurückgegangen.¹ Das ist erschreckend viel. Gleichgültig, ob das ein langfristiger Trend ist oder nicht: Die Vorsorge ist die Mutter der Trinkwasserversorgung. Unser Wasserverbrauch steigt in den heißen Sommern und durch die längere Vegetationsperiode verdunsten die Pflanzen mehr Wasser. Beides geht zu Lasten des

¹ Auswirkungen des Klimawandels auf das Grundwasser und die Wasserversorgung in Süddeutschland, Grundwasser - Fachzeitschrift der Fachsektion Hydrogeologie, 26: 33-45 (2021)
<https://link.springer.com/article/10.1007/s00767-021-00477-z> (15.11.202)

Grundwassers. Deshalb müssen wir Grundwasser sparen, wo immer es geht und nicht länger in Trinkwasserqualität durch die Toilette spülen.

Zur Kostenfrage

Ja, ein zweites Leitungsnetz zur Toilettenspülung erhöht die Baukosten. Das dadurch Wohnen nicht mehr bezahlbar würde, ist aber falsch. Wird das Leitungsnetz von Anfang an mitgeplant, geht es um wenige hundert Euro Mehrkosten pro Wohnung. Weil Brauchwasser billiger ist als Trinkwasser, sparen die Mieter*innen über die Dauer der Nutzung mehrere Tausend Euro.

Wohnungsbaugesellschaften und Landesregierung schauen nur durch die Unternehmerbrille. **Nicht der Preis der Wohnung, sondern die Kosten des Wohnens sind entscheidend.**

Grüne und CDU setzen auf Freiwilligkeit. Doch das Prinzip der Freiwilligkeit schützt die Ressource nicht und ist unsolidarisch. Wenn es nicht verbindlich gemacht wird, werden nur die Kommunen mit Wassermangel ein zweites Leitungsnetz aufbauen. Für diejenigen, die im Wasser schwimmen oder ihre Wasserversorgung an eine Ringleitung anschließen, gibt es kaum Motivation für den Mehraufwand. Das könnte die Landesregierung beenden. Macht sie aber nicht, weil ihr Hessenwasser auf den Füßen steht.

Hessenwasser verdient mehr am Trinkwasser als am Brauchwasser. Deshalb setzt der Wasserversorger der Kommunen auf die Trinkwasserförderung aus tieferen Grundwasserleitern und Uferfiltration. Das ist nicht ökologisch, das ist nicht nachhaltig und diese Strategie verschärft die Folgen des Klimawandels. **Wir müssen nicht mehr Trinkwasser gewinnen, wir müssen mehr Trinkwasser durch Brauchwasser ersetzen.** Hessenwasser muss sein Geschäftsmodell ändern und das haben die Kommunen und das Land in der Hand.

Wir brauchen eine Rechtsgrundlage.

Für Gemeinden wie Schotten oder Neu-Anspach, die eine Brauchwassernutzung in Baugebietssatzungen regeln wollten, fehlt die gesetzliche Grundlage. Die Umsetzung wurde ihnen untersagt und die Regierungsfraktion weigern sich jetzt, diese zu schaffen. Sie stellt die Brauchwassernutzung in ihrem wasserwirtschaftlichen Fachplan auf Prüfen und Berichten.² Da waren wir in den 1990er schon mal weiter. Da hatte Hessen bei der Brauchwassernutzung europaweit eine Vorreiterrolle.³ Jetzt stolpert die

² Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2022) Zukunftsplan Wasser – Wasserwirtschaftlicher Fachplan, S. 75.

https://umwelt.hessen.de/sites/umwelt.hessen.de/files/2022-07/zukunftsplan_wasser.pdf (15.11.2022).

³ S. Dr. Hans-Otto Wack, Hessischer Landtag, Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 39. Sitzung 28.10.2022, stenografischer Bericht S. 6.

Landesregierung mit grüner Beteiligung hinterher. Wenn die Lage nicht so ernst wäre, könnte man Späße über die einstige Ökopartei machen.

Es fehlt auch das Geld.

Das Land muss den klimasicheren Umbau unserer Wasserversorgung finanziell fördern. Das heißt mehr als nur Gelder für regionale Wasserkonzepte bereitzustellen. Das heißt die Förderung von Wasserinfrastruktur vor Ort. Das Land lässt die Kommunen bei dieser Zukunftsinvestition aber weitgehend alleine. Das muss aufhören!

Wassermangel kann die Entwicklungsmöglichkeiten von Kommunen einschränken. Kommunen müssen die Wasserversorgung für neue Baugebiete sicherstellen. **Ohne Wasser keine Neubaugebiet** - und das betrifft nicht nur Kommunen, die in den letzten Sommern mit Wassermangel zu kämpfen hatten. Um Kapazitäten zu schaffen, müssen wir deshalb auch die Brauchwassernutzung im Bestand ausbauen.

Je später wir damit anfangen, Brauchwasser als Regelversorgung anzubieten, desto mehr ökologische Schäden richten wir an und desto teurer wird es. Deshalb darf die Landesregierung die Brauchwassernutzung nicht blockieren.

Wenn die Regierungsfractionen der Auffassung sind, dass unser Gesetzesentwurf auch nach der vorgelegten Änderung mangelhaft sei, dann schreiben Sie doch bitte einen besseren. Hauptsache, sie machen das. **DER LINKEN geht es um die Sache.** Uns geht es darum, unsere Wasserversorgung so schnell wie möglich so klimasicher wie möglich zu machen. Und uns geht es darum, die Kosten der Klimakrise für die Mieter*innen so klein wie möglich zu halten. Schwarzgrün ist hier in der Pflicht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit